

Leitlinien

der Gesamtinteressenvertretung

Leitlinien der Gesamtinteressenvertretung

Mit den „Leitlinien der Gesamtinteressenvertretung“ definiert die Vollversammlung zu Beginn der neuen Wahlperiode die inhaltlichen Grundsätze der wirtschaftspolitischen Arbeit der IHK für München und Oberbayern. Die nachfolgende Abbildung fasst die 10 Leitlinien auf einen Blick zusammen. Auf Seite 2 werden die Leitlinien inhaltlich ausdifferenziert.



Die IHK für München und Oberbayern vertritt das Gesamtinteresse der oberbayerischen Wirtschaft. Wir agieren parteipolitisch neutral und streben an, dass Unternehmen auf nachhaltiges Wachstum hinwirken, indem sie nach dem Leitbild der Ehrbaren Kaufleute verantwortungsvoll und zukunftsfähig handeln. Eine nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass ökonomische, ökologische und soziale Ziele gleichgewichtig zum Wohlergehen heutiger und zukünftiger Generationen in Einklang gebracht werden. Die IHK bekennt sich zu den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und leistet einen Beitrag zu ihrer Erreichung. Die IHK unterstützt die Pariser Klimaziele und die Ziele des Green Deals. Ordnungspolitische Aufgabe des Staates ist es, einen verlässlichen Regelungsrahmen mit klaren, wettbewerbsfähigen, international abgestimmten politischen Rahmenbedingungen vorzugeben, innerhalb dessen die Wirtschaftsprozesse planungssicher und effizient stattfinden können.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das beste Wirtschaftsmodell, um ein angemessenes Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Freier und fairer Wettbewerb sowie private Investitionen befördern Innovationen und Transformation und sichern dadurch Wachstum und Wohlstand. Kreative Lösungen und Innovationen entstehen nur, wenn Marktakteure über angemessene Entscheidungsspielräume verfügen, Technologieoffenheit besteht und der Regulierungsrahmen Flexibilität zulässt.



IHK
München und
Oberbayern

Die Leitlinien wurden von der IHK-Vollversammlung am 14.12.2021 mit 58 Zustimmungen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung beschlossen. Bei der Abstimmung des Antrags zur Änderung des Wortlauts „Soziale Marktwirtschaft“ entfielen auf „Nachhaltig-Soziale Marktwirtschaft“ 49 Stimmen, auf „Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ 9 Stimmen und 3 Stimmen enthielten sich.

Folgende Leitlinien dienen uns als Orientierung für unsere wirtschaftspolitischen Positionierungen:



1. Ehrbare Kaufleute und mündige Bürger/innen

Die IHK wirkt darauf hin, dass Unternehmen dem Leitbild Ehrbarer Kaufleute folgen, indem sie sowohl gegenüber den eigenen Mitarbeiter/innen als auch gegenüber Geschäftspartner/innen, Kund/innen, Umwelt und Gesellschaft verantwortungsbewusst, sozial und nachhaltig handeln. Ein freier und fairer Wettbewerb führt zu Produkten und Dienstleistungen, die den Präferenzen der Bürger/innen entsprechen. Dies setzt transparente, für die Kaufentscheidung relevante Informationen voraus. Der Schutz persönlicher oder unternehmerischer Daten sowie der administrative Aufwand zur Informationsbereitstellung müssen gegenüber den berechtigten Informationsinteressen der Allgemeinheit abgewogen werden.



2. Freie Preisbildung inklusive externer Effekte

Wettbewerb entsteht nur, wenn sich Preise frei bilden können. Preise, die sich im Wettbewerb bilden, ermöglichen es den Marktakteuren, ihre Tätigkeiten nach ökonomischen Prinzipien auszurichten. Werden Preise verzerrt, kommt es zu ineffizientem Ressourceneinsatz bzw. -verbrauch. Durch „Einpreisung“ von negativen oder positiven gesellschaftlichen externen Effekten sollten tatsächliche Kosten oder gesellschaftlicher Nutzen berücksichtigt werden.



3. Offene Märkte

Wettbewerb setzt einen freien Marktzugang, Gewerbefreiheit, den Vorrang des Privateigentums und die Vertragsfreiheit voraus. Nur so können (neue) Anbieter in Konkurrenz treten und der Wettbewerb seine positive Wirkung entfalten. Werden Marktbarrieren aufgebaut, wird die Innovationsfähigkeit gebremst und der Wohlstand reduziert. Gleiches gilt bei Monopolbildung. Die europäische Integration und der offene Binnenmarkt sind zentrale Säulen unseres Wohlstandes.



4. Anreize und Marktmechanismen statt Regulierung und Dirigismus

Marktwirtschaftliche Lösungen sind staatlichem Dirigismus vorzuziehen. Mit gezielten Anreizen können wirtschafts-, umwelt- und sozialpolitische Ziele besser erreicht werden als mit kleinteiliger Regulierung. Zielgenaue staatliche Interventionen und marktwirtschaftliche Prozesse müssen so kombiniert werden, dass daraus eine stimmige Strategie erwächst, die dem Zielbild einer nachhaltigen, sozialen Marktwirtschaft gerecht wird.



5. Klarer und verständlicher Rechtsrahmen

Wettbewerb findet nur dann frei und fair statt, wenn der Staat einen klaren und verständlichen Rechtsrahmen vorgibt und dessen Einhaltung wirkungsvoll überwacht und durchgesetzt wird. Statt neuer Regulierungen muss auf nationaler und europäischer Ebene zunächst die Einhaltung bestehender Gesetze durchgesetzt werden. Verbindliche, international gültige Standards im Steuer- und Wettbewerbsrecht sichern den fairen Wettbewerb über den europäischen Binnenmarkt hinaus.



6. Keine Überregulierung

Staatliche Eingriffe müssen dem Gebot der Wirksamkeit unterliegen. Regulierung ist insbesondere dann sinnvoll, wenn Marktversagen vorliegt und durch staatliche Eingriffe ein messbar besseres Ergebnis erzielt werden kann, als wenn man es dem freien Markt überlässt, ausgehend vom Zielbild einer nachhaltigen, sozialen Marktwirtschaft. Dies gilt nicht nur für neue Regulierungen, sondern auch für Bestehende. Staatliche Regulierungen dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen, einem notwendigen Strukturwandel entgegenwirken oder dem Gesamtinteresse der Wirtschaft entgegenstehen. Die Verbesserung von Standortbedingungen ist einzelnen Subventionen oder Staatsbeteiligungen vorzuziehen. Anstelle von staatlichen Eingriffen sollten eigenverantwortliche Lösungen der Wirtschaft angestrebt werden. Mit einer starken Selbstorganisation der Wirtschaft können staatliche Aufgaben praxisnah und effizient umgesetzt werden. Der Staat darf die Unternehmen nicht mit Kosten und Pflichten überfordern, deren Ursachen sie nicht zu vertreten haben.



7. Nachhaltige Staatsfinanzen

Der Staat muss so wirtschaften, dass auch zukünftige Generationen finanzpolitischen Handlungsspielraum haben. Einer effizienten Organisation des Staatswesens kommt hohes Gewicht zu. Neue Leistungsversprechen des Staates dürfen nicht zu Lasten der künftigen Generationen gehen. Zukunftsinvestitionen sichern deren Lebensgrundlage.



8. Prinzip des Förderns und Forderns

Soziale Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn sich jeder nach seinen Möglichkeiten einbringt und beteiligt. Das staatliche Steuer- und Transfersystem muss so gestaltet sein, dass Leistung honoriert wird und Härten abgefedert werden. Das Prinzip des Förderns und Forderns muss der Leitfaden insbesondere für den Arbeitsmarkt sein.



9. Starke Bildung

Chancengleichheit besteht nur dann, wenn jeder Einzelne sich individuell, frei und ohne Benachteiligung bestmöglich entfalten kann. Dies gilt in besonderer Weise für den gesamten Bildungs- und Weiterbildungsbereich sowie den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Es ist zentrale Aufgabe des Staates, für ein exzellentes Bildungssystem mit gerechten Bildungschancen zu sorgen. Um den notwendigen Bewusstseinswandel zu mehr Nachhaltigkeit herbeizuführen, müssen ökonomische, ökologische und soziale Inhalte entlang der gesamten Bildungskette verankert werden. Digitale Kompetenzen, Grundkenntnisse in Wirtschaft und Verständnis für demokratische Willensbildung befähigen zur Teilnahme und Teilhabe an Wirtschaft und Gesellschaft.



10. Eigenverantwortung und nachhaltiges Unternehmertum

Die Wirtschaft wird sich nur dann weiter dynamisch entwickeln, wenn es genug Unternehmer/innen mit Wagemut und Eigeninitiative gibt, die bereit sind, Risiken einzugehen und Verantwortung zu übernehmen. Das Zusammenspiel von Chance und Risiko sowie Gewinn und Verlust sorgen für eine ausgewogene Risikobilanz. Zum nachhaltigen Unternehmertum gehören verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber den eigenen Mitarbeiter/innen, Geschäftspartner/innen, Kund/innen, der Umwelt und Gesellschaft ebenso wie das Einstehen für die Auswirkungen des eigenen Handelns sowie eventueller Verluste.

Ansprechpartner:

Dr. Jochen Wiegmann

☎ 089 5116-0

@ jochen.wiegmann@muenchen.ihk.de